

## Das Wahljahr 2026

### Wie kann die liberale Demokratie bewahrt werden?

In diesem Jahr fanden und finden Kommunalwahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen statt, sowie Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Der Wahlkampf läuft zum Teil schon seit letztem Sommer auf Hochtouren. Was bedeuten diese Wahlen für unsere Demokratie und wie kann durch die Arbeit für und mit Familien der Rechtsruck in unserem Land gestoppt werden?

Die Ergebnisse in Bayern zeigen, dass die AfD nun flächendeckend in allen Kommunen vertreten ist. Zwar stellt sie aktuell keinen Landrat/keine Landrätin und keinen Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin, konnte aber in fast allen Kommunen und Landkreisen einen signifikanten Zuwachs verzeichnen. Das ist ein beunruhigendes Signal. Wie ist es möglich, dass viele Menschen wieder eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei wählen, die auch in Bayern offenbar nicht vor drastischen Maßnahmen zurückschreckt?

## Demokratiebildung muss Mitbestimmung beinhalten

„Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung wird seit 2006 alle zwei Jahre die Verbreitung rechtsextremer, menschenfeindlicher und demokratiegefährdender Einstellungen in Deutschland empirisch erfasst. Auf Basis einer bundesweiten Repräsentativerhebung entsteht so ein Gradmesser für illiberale Demokratievorstellungen und antidemokratische Orientierungen in Verbindung mit der Analyse möglicher Ursachen. Die neue FES-„Mitte-Studie“<sup>1</sup> 2024/25 will zur Debatte über den Zustand der Demokratie anregen und ein Verständnis dafür schaffen, wie demokratiegefährdende Einstellungen funktionieren und sich verbreiten. Die Analysen geben auch Hinweise darauf, wo angesetzt werden kann, um die liberale Demokratie zu bewahren.“

Foto: somthink/Shutterstock.com



Die Ergebnisse der Studie<sup>2</sup> liegen seit November 2025 vor und fallen wenig beruhigend aus. Demnach lehnen zwar insgesamt drei Viertel der Menschen in Deutschland rechtsextreme Einstellungen ab, dem stehen aber 20 % gegenüber, die antidemokratischen Haltungen nicht eindeutig widersprechen

und immerhin 15 %, die sich „diktaturbefürwortend“ äußern. Zwar wird Rechtsextremismus größtenteils als bedrohlich wahrgenommen – aber 22 % der Befragten verharmlosen den Rechtsextremismus und billigen politische Gewalt. Die große Mehrheit (79 %) der Bevölkerung ist von der Demokratie überzeugt, zweifelt jedoch an ihrem Funktionieren und an ihrer Gerechtigkeit. Nur noch 52 % finden, die Demokratie funktioniere »im Großen und Ganzen ganz gut«. Autoritäre Ausrichtungen finden auch für den Bildungsbereich Zustimmung, so befürworten 40,5 % aller Befragten, dass Schulen »Disziplin und Gehorsam« beibringen sollten. Allerdings lässt sich auch feststellen, dass Personen mit einem hohen Schulabschluss deutlich geringere Zustimmungswerte bei antidemokratischen Einstellungen aufweisen. Demnach halten „61 % der Befragten Bildung für ein wichtiges Instrument in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Bildung sollte gestärkt werden, wo-

<sup>1</sup> [www.fes.de/mitte-studie](http://www.fes.de/mitte-studie)

<sup>2</sup> [www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=159793&token=a099ca93e22c1a570a0bd707dadbd78916d8a27f](http://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=159793&token=a099ca93e22c1a570a0bd707dadbd78916d8a27f)

bei es insbesondere auf Mündigkeit, Autonomie, Demokratieerfahrungen ankommt sowie auf Politik- und Digitalkompetenz ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings in Schulen. Die Befragten der Mitte-Studie wünschen sich mit absoluter Mehrheit mehr Bildung zu den Themen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Demokratie.“

Es existieren bereits mannigfache Studien, die Anregungen geben, wie politische Bildung die Demokratie in unserem Land befördern kann. So könnten beispielsweise die Handlungsempfehlungen aus dem 16. Kinder- und Jugendbericht genutzt werden, politischen Umsetzungswillen zu zeigen.

## Familie im Kontext politischer Bildung

Die Kommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht (November 2020) hatte den Auftrag, das Thema der „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ zentral in den Blick zu nehmen. Der Kommission wurde aufgetragen, „die demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter (bis 27 Jahre) forschungsbasiert zu beschreiben und zu strukturieren. Dabei sollten soziale Veränderungen besonders berücksichtigt werden: Die Gesellschaft, in der junge Menschen aufwachsen, hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Sie wird komplexer und sie vernetzt sich global und digital. Das stellt auch die demokratische Bildung vor neue Herausforderungen, wenn sie junge Menschen aus allen sozialen Milieus und Lebensbezügen erreichen und unterstützen will. Eine besondere Akzentuierung sollte auf der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung und der Jugend(verbands)arbeit liegen. Der Bericht sollte auch Aussagen über die demokratiebildenden Einflüsse von Familien, von Peers und von medialen Bildungskontexten treffen. Schließlich sollte der Bericht Entwicklungsbedarfe aufzeigen und möglichst konkrete Handlungsempfehlungen formulieren.“<sup>3</sup>

Diese beziehen sich, angefangen von der Zielsetzung politischer Bildung, die immer auf die Entwicklung demokratischer Grundwerte sowie die kritische Urteilskraft junger Menschen ausgerichtet sein muss, auch auf den Hinweis, dass politische Bildung während der gesamten Kindheit und Jugend stattfinden muss und stattfindet. Denn Werteentwicklung findet immer zuerst in den Familien statt. Familie spielt im Kontext politischer Bildung im Kindes- und Jugendalter eine herausragende Rolle und prägt die Entwicklung von politi-

schen Einstellungen sowie den damit einhergehenden Handlungs- und Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen vorrangig. Dennoch scheinen Familien nur selten im Fokus zu stehen, wenn es um Demokratiebildung geht. Sie rücken erst dann ins Blickfeld, wenn sich z. B. bei Jugendlichen eine antidemokratische Orientierung herausbildet. Vor diesem Hintergrund gehören politische Bildung und politische Mitsprache zusammen. Nachhaltige Beteiligungsmöglichkeiten tragen dazu bei, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen. Echte Partizipation muss überall dort, wo junge Menschen aufwachsen, ein zentrales und unverzichtbares Prinzip sein. Dabei dürfen „Entscheidungsräume nicht nur simuliert werden, sondern Kinder und Jugendliche müssen tatsächlich in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.“<sup>4</sup>



Foto: Taveosian Yana/Shutterstock.com

Das bedeutet, echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auch damit verbunden, „dass Erwachsene Entscheidungsmacht abgeben und gegebene Verhältnisse sich der Kritik und den Veränderungswünschen von Kindern und Jugendlichen stellen müssen. Insofern ist die Debatte um Reichweite und Qualität von Partizipation eng mit Fragen nach Machtverhältnissen, Generationengerechtigkeit und demokratischer Legitimation verknüpft.“<sup>5</sup>

Wie eine solche „echte Beteiligung“ im politischen, wie im pädagogischen Kontext gelingen kann und welche Herausforderungen sich hierbei stellen, wird Thema der **Fachtagung „Generationengerechtigkeit“** der eaf bayern am **10. Juni 2026** sein. Dr. Frank Greuel, Leiter der Fachgruppe ‚Politische Sozialisation und Demokratieförderung‘ an der Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Halle/a.d. Saale wird zur Einführung in das Thema „Generationengerechtigkeit“ einen wissenschaftlichen Fachvortrag halten und dabei die zentralen Herausforderungen partizipativer Ansätze nennen und aufzeigen, wie nachhaltige pädagogische und politische Beteiligungs-

<sup>3</sup> Erkenntnisse und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts: [www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/16-kinder-und-jugendbericht-1810448](http://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/16-kinder-und-jugendbericht-1810448)

<sup>4</sup> Dr. Frank Greuel, in: „Impulse“ das Forschungsmagazin des DJI, 3+4, 2025, S. 8

<sup>5</sup> a.a.O.

strukturen für junge Menschen entwickelt werden können. Im Rahmen der Veranstaltung können sich die Teilnehmenden mit den Bedingungen innerhalb des eigenen Arbeitskontextes beschäftigen und sich darüber austauschen, wie Rahmenbedingungen strukturell und politisch verändert werden können, um Generationengerechtigkeit als Mittel zur Demokratieförderung nutzbar zu machen. Die Fachtagung kann in Präsenz in der Jugendherberge in Nürnberg oder online besucht werden. Eine direkte Anmeldeöglichkeit finden Sie hier:

[www.eaf-bayern.de/startseite](http://www.eaf-bayern.de/startseite)

Demokratieförderung beginnt also direkt in den Familien und ist dabei keine Frage des Alters der Kinder, sondern steht viel mehr im direkten Zusammenhang mit der Haltung und Einstellung der Eltern und anderer Familienangehöriger. Deshalb ist es wichtig, dass Familien sich von der Politik gehört und gesehen fühlen, dass ihre Belange und Interessen politisch anerkannt werden. Aus diesem Grund muss Familienpolitik und Familienförderung an Relevanz und politischem Gewicht gewinnen.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. hat im November 2024 Empfehlungen für die „Familienförderung – Kommunale Infrastrukturen für Familien“<sup>6</sup> herausgegeben. Bereits in den Vorbemerkungen wird beschrieben, dass „Kinder in der Familie zentrale Grundlagen für das soziale Miteinander und demokratische Grundkompetenzen lernen. Die in Familien geleistete Fürsorge kommt dabei sowohl ihren Mitgliedern als auch der Gesellschaft als Ganzes zugute.“ Im Folgenden werden nur einige der Herausforderungen beschrieben, vor denen Familien heute stehen, wenn sie ihre Erziehungs- und Fürsorgeverantwortung wahrnehmen:

- Armutsgefährdung, die gesellschaftliche Teilhabe stark einschränkt;
- Erwerbstätigkeit beider Elternteile, was häufig zu zeitlichem Druck und Reduzierung von Familienzeit führt;
- Übergänge und Brüche im Lebensverlauf durch Trennung und Scheidung;
- Mangelnde Mobilität und damit verbunden auch schwierige Erreichbarkeit der sozialen Infrastruktur;
- Der Neunte Familienbericht beschreibt eine „Intensivierung“ von Elternschaft, die in vielen Familien Druck und einen überhöhten Anspruch an die zu erfüllenden Aufgaben auslöst;
- Bewältigung von sich z.T. überlappenden gesellschaftlicher Krisen, wie der Corona-Pandemie oder den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs;

Die staatliche Unterstützung zur Bewältigung all dieser Herausforderungen und Aufgaben ist im Rahmen der Familienförderung nach §16 im SGB VIII gesetzlich verortet und geregelt. Hieraus ergibt sich ein Anspruch auf Unterstützung, der konzeptionell auf allen politischen Ebenen (Bund, Land und Kommune) verankert sein sollte. Auch wenn sich daraus kein subjektiver Rechtsanspruch ableiten lässt, so ist die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des §16 SGB VIII jedoch für die Kommunen verpflichtend. Die Prüfung der Gewährleistung obliegt dabei der Rechtsaufsicht der Länder. Vielfach wird jedoch bei Engpässen in den kommunalen Haushalten zuerst an diesen vermeintlich „freiwilligen Leistungen“ in den Kommunen gespart.

Neben der Familienförderung gilt die Anerkennung von Familienvielfalt als wesentlicher Faktor, um die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Die Vielfalt von Familien und damit auch der Diversität von Kindheiten stellen gerade Institutionen wie Kita und Schule vor enorme Aufgabenstellungen und Herausforderungen. Es gilt vielfach kulturelle Unterschiede in Einklang zu bringen und neben dem Abbau von sprachlichen Barrieren, auch unterschiedlichen Familienmodellen Rechnung zu tragen. Nicht zuletzt spielen die Herausforderungen der Digitalisierung eine große, nicht zu unterschätzende Rolle.

## Der Kampf um den Sozialstaat

Im Rahmen des Fachtags **„Kindheit im Wandel – Eine Herausforderung für Gesellschaft und Familien- und Jugendpolitik“ am 12. Mai 2026 in Nürnberg**, beschäftigt sich die eaf bayern gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege Bayern mit den oben benannten Anforderungen. Neben unterschiedlichen fachlichen Vorträgen, können Teilnehmende sich in verschiedenen Workshops informieren und aktiv mit einbringen. Eine Podiumsdiskussion am Ende der Veranstaltung gibt die Möglichkeit mit politisch Verantwortlichen auf kommunaler- und Landesebene ins Gespräch zu kommen. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie hier: [www.eaf-bayern.de/startseite](http://www.eaf-bayern.de/startseite) [https://eveeno.com/Fachtag\\_Kindheit-im-Wandel\\_12-05-2026](https://eveeno.com/Fachtag_Kindheit-im-Wandel_12-05-2026)

Weitere interessante und unerwartete Einblicke in die Lebenswelten der sechs- bis elf-Jährigen gibt die 4. World Vision Kinderstudie<sup>7</sup>. Sie zeigt die Haltungen der Kinder zu Themen

<sup>6</sup> [www.deutscher-verein.de/positionen/](http://www.deutscher-verein.de/positionen/)

<sup>7</sup> [www.worldvision.de/sites/worldvision.de/files/pdf/World-Vision-Zusammenfassung-vierte-Kinderstudie.pdf](http://www.worldvision.de/sites/worldvision.de/files/pdf/World-Vision-Zusammenfassung-vierte-Kinderstudie.pdf)

wie Familie, Schule, Flucht, Armut, Freundschaft und Mitbestimmung. Wie divers sich Kindheiten heute darstellen, lässt sich anhand dieser Studie sehr gut nachvollziehen. Über 2.500 Kinder wurden für diese Studie (2018) befragt. Sie belegt, dass „Kinder in vielfältigen Familienformen aufwachsen. Neben der klassischen Kernfamilie sind dies vor allem Familien mit einem Elternteil sowie Familien mit »neuen« Elternteilen (Patchwork oder Stieffamilien). Dennoch lebt die Mehrheit (70 %) der Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren zusammen mit beiden leiblichen und miteinander verheirateten Elternteilen. Aber immerhin 18 % der Kinder leben in Alleinerziehenden-Familienmodellen. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei Kindern im benannten Alter bei 36 %. Viele ihrer Familien leben schon in der 2. oder 3. Generation in Deutschland, entsprechend hat auch ein großer Teil der Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft.“

Die Zeit, in der Kinder nach der Schule institutionell betreut werden, hat sich in der Zeit von 2007 bis 2017 nahezu verdoppelt. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Zahl weiterhin gestiegen ist und mit dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 weiterhin steigen wird.

Zur Demokratiebildung gehören zwingend auch schulische Konzepte, die eine echte Mitbestimmung ermöglichen (siehe oben). Allerdings zeigen die Ergebnisse der Studie, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule eher auf niedrigem Niveau liegen. Zum Beispiel bei der Aufstellung von Klassenregeln sowie bei der Gestaltung des Klassenzimmers oder von Schulfesten, hier liegen die Angaben zwischen 20-35 %. Ein interessantes Ergebnis zeigt die Frage nach der Mediennutzung. Hier hat sich ergeben, dass weder das Spielen mit digitalen Medien noch der Fernsehkonsum bei der Zielgruppe in den letzten 10 Jahren angestiegen ist. Dennoch zählen das Handy sowie das Internet zu wichtigen Bestandteilen der Kinderwelt. 2017 gaben 45 % aller 6- bis 11-Jährigen an, ein eigenes Handy zu haben. Es ist davon auszugehen, dass auch dieser Wert mittlerweile weiter gestiegen ist.

„Die große Mehrheit der Kinder gibt an, zu Hause im Alltag der Familie Dinge mitbestimmen zu können. Bei der Hälfte

der in der Studie abgefragten Selbst- und Mitbestimmungsbereichen (10 Bereiche) sagen mindestens 80 % der 6- bis 11-Jährigen, dass sie eher selbstbestimmen können.“ Dabei ist eine wichtige Erkenntnis der Studie, dass die Wertschätzung der eigenen Meinung durch die Eltern und die Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Alltag sehr häufig zusammenhängen und sich wechselseitig bedingen.

Interesse an Politik erscheint bei Kindern in diesem Alter noch eher mäßig, ist bei den etwas Älteren aber tendenziell ansteigend. Als politisch interessiert bezeichnen sich jedoch immerhin 12 % der befragten Kinder. Dieses Potential sollte politisch genutzt werden, um die politische Bildung in unserem Land zu intensivieren und damit die liberale Demokratie nachhaltig zu stärken.

## Veranstaltungshinweise

### Einladung zu den Fachtagungen:



**Fachtag zum Internationalen Tag der Familie am 12. Mai 2026** in Nürnberg, (Jugendherberge) zum Thema „Kindheit im Wandel – Anforderungen an die Familien- und Jugendpolitik“



**Fachtagung (und MGV) der eaf bayern am 10.06.2026**, hybrid (Jugendherberge, Nürnberg) zum

Thema „Generationengerechtigkeit“

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten finden Sie hier: [www.eaf-bayern.de/startseite](http://www.eaf-bayern.de/startseite)



### Kontakt:

Birgit Schönknecht, Geschäftsführerin der eaf bayern und Referentin für Familienfragen  
Telefon 0911 – 9354-270  
[schoenknecht@diakonie-bayern.de](mailto:schoenknecht@diakonie-bayern.de)

## Impressum:

**Herausgeber:** Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)  
Vorstandsmitglieder: Sandra Schuhmann, Christine Falk, Susanne Menzke, Vera Lohel  
**Geschäftsführerin und Redaktion:** Birgit Schönknecht  
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, Pirckheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270  
**Internet:** [www.eaf-bayern.de](http://www.eaf-bayern.de), [info@eaf-bayern.de](mailto:info@eaf-bayern.de)  
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.  
**Layout:** [www.claudibaumann.de](http://www.claudibaumann.de)  
FPI 1 Januar/Februar/März 2026, 37. Jahrgang

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

Bayerisches Staatsministerium für  
Familie, Arbeit und Soziales

